

Widerstand oder aktive ...



Roman Dotzauer, Betriebswirt d. H. und Fachredakteur der ZT.

ZT Fortsetzung von Seite 1

Dieser „Aufruf zum Widerstand“ des FVZL, der uns mit der Kernaussage „Raus aus den Innungen und dem VDZI“ Anfang Dezember 2007 erreichte, ist ebenso kurzfristig wie destruktiv. Offenbar ist einigen Inhabern von Dentallaboren bis heute nicht klar, dass der VDZI mit seinen Innungen die einzige standespolitische Vertretung unseres Handwerks ist. Eine Schwächung dieser Organisationen würde letztlich dazu führen, dass die Zahntechniker völlig unter die Räder der Politik und der Zahnärzte gerieten. Der FVZL-Vorsitzende Herbert Stolle mag von den Leistungen des Freien Verbandes überzeugt sein; eine ernst zu nehmende Alternative zu den Innungen ist er nicht. Erwähnenswert bleibt hierbei, dass gerade die Laborinhaber, welche keiner Innung angehören, sich immer wie-

der in die Geborgenheit des BEL flüchten und dankbar die von den Innungen erreichten Preis-Verhandlungsergebnisse annehmen. Somit nutzen auch Nichtinnungsmitglieder (wie die Mitglieder der FVZL) täglich das, was von Herbert Stolle so vehement kritisiert wird. Wenn Herbert Stolle allerdings die Zukunftsfähigkeit der Innungen und des VDZI kritisieren würde, so hätte er damit nicht unrecht. Die Innungen müssen die Verantwortung, die sie tragen, auch unternehmerisch aufnehmen. Das Festhalten an alten Strukturen ist hier wenig sinnvoll. Der Versuch, den Markt mit weiteren Zugangsbeschränkungen einzugrenzen, jagt unternehmerisch denkende Laborinhaber förmlich aus der Innung. Meist verlieren die Innungen dadurch gerade die leistungsfähigsten Betriebe. Innungen und VDZI müssen sich darauf konzentrieren, für das Zahntechniker-Handwerk optimale Rahmenbedingungen zu schaffen. Damit meine ich nicht nur BEL-Preise. Jeder Unternehmer muss sich unter den Gegebenheiten selbst entwickeln und sein Unternehmen gestalten. Innungen und VDZI sind weder für Erfolg noch Misserfolg der Betriebe verantwortlich; das hat jeder Unternehmer selbst in der Hand. Eine der fatalen Folgen der Verteufelung der Anbieter von Auslandszahnersatz ist, dass weder die Berufsverbände noch die Innungsbetriebe eine nennenswerte Rolle in diesem Geschäftsbe-

reich spielen. Man hat sich diesen Vertriebszweig von anderen Unternehmensformen wegnehmen lassen, hält das Meisterprinzip für das einzig vertretungs- und verteidigungswürdige Konzept und sieht dabei Marktanteile verloren gehen. Ein anderes, folgeschweres Problem der Innungen ist die Überalterung ihrer Vorstände. Hier darf kein Aufruf zum Verlassen der Innungen stehen, sondern ein Appell, die Rahmenbedingungen des Handwerks selbst mitzugestalten. Dabei darf die Mitarbeit in einem Innungsvorstand nicht zum Hemmschuh für das eigene Unternehmen werden. Auch als Vorstandsmitglied oder Obermeister muss man sich mit seinem Betrieb den Herausforderungen eines sich verändernden Marktes stellen, ob es dem Mitbewerber um die Ecke passt oder nicht. Doch eines ist klar: Ein Innungsvorstand ist in der Lage, die Situation auch für eben diesen Mitbewerber zu verbessern. Diese Chance nutzen muss jener aber selbst. Herbert Stolle wäre gut beraten, konstruktive Kritik zu üben, anstatt mit Parolen herumzuwerfen, die zahntechnische Unternehmer eher schwächen als stärken. Der VDZI und die Innungen wären gut beraten, wenn sie den Strukturwandel aufnahmen, gestalteten und ihn lenkten, anstatt ihn zu verhindern. Wir Unternehmer wären gut beraten, wenn wir diese einzige standespolitische Vertretung, die Innung und den VDZI, stärkten, verjüngten und dort aktiv mitwirkten. **ZT**

Ihr Roman Dotzauer

Kassenbeiträge bis zu 700 Euro teurer

Eine vom Institut für Gesundheitsökonomik München (IfG) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erstellte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass für über 44 Millionen Mitglieder der GKV und damit knapp 90 Prozent aller Beitragszahler die Beiträge 2008 teilweise empfindlich steigen werden.



Max A. Höfer, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), weist auf den Unterschied zwischen geplanten und tatsächlichen Auswirkungen des Gesundheitsfonds auf die Kassenbeiträge hin.

Auf einzelne GKV-Versicherte kommen Beitragserhöhungen von bis zu 700 Euro pro Jahr zu. So springt beispielsweise für die 530.000 Mitglieder der IKK Sachsen der Beitragssatz von derzeit 12,7 Prozent auf dann 15,5 Prozent. Verantwortlich für den Anstieg ist die Mechanik des neuen Gesundheitsfonds, der ab 2009 eingeführt wird. Während heute die Beitragssätze der 236 Kassen zum Teil erheblich auseinanderklaffen (von 12,2 bis 16,7 Prozent), werden sie im Gesundheitsfonds auf einen einheitlichen Satz festgelegt. Dieser Satz wird nach Berechnungen des

Münchener Instituts bei 15,5 Prozent liegen. Das entspricht einem Anstieg von 0,7 Prozentpunkten im Vergleich zum heutigen durchschnittlichen Beitragssatz. Gründe für den Anstieg sind steigende Kosten im Gesundheitsbereich und das Prinzip des neuen Fonds. „Es liegt im Interesse der Kassen, im Jahr 2008 höhere Ausgaben zu haben, da der Gesundheitsfonds 2009 in seiner Mittelzuweisung vom Ausgabenniveau 2008 startet. So können die Kassen 2009 zusätzliche Monatsprämien von ihren Versicherten vermeiden“, sagt Prof. Günter Neubauer, Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomik. Das Prinzip des Gesundheitsfonds: Ab 2009 gehen die Beiträge von Versicherten und Arbeitgebern an den sogenannten „Nationalen Gesundheitsfond“. Dieser teilt einheitliche Pauschalen von 150 bis 170 Euro pro Versichertem zu. Kommt eine Krankenkasse mit den Mitteln aus dem Gesundheitsfonds nicht aus, muss sie von ihren Mitgliedern eine eigene „Zusatzprämie“ erheben. Das will jede Kasse vermeiden, da sie sonst Mitglieder an günstigere Kassen verlieren könnte. Je höher somit der erste einheitliche Beitragssatz für den Fonds 2009 ist, desto

besser die Chance für alle Kassen, keine Zusatzprämie erheben zu müssen. Gut wirtschaftende Kassen können nicht benötigte Beiträge wieder an die Versicherer ausschütten. Ab wann solche Prämien ausgezahlt werden, ist allerdings zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Die derzeit noch unterschiedlichen Beitragssätze werden bereits im Jahr 2008 sukzessive auf das Niveau von 15,5 Prozent angehoben. Das ist notwendig, weil beispielsweise eine für den Fond vorgesehene Schwankungsreserve schon 2008 angespart werden muss. „Eigentlich sollte die Gesundheitsreform die Beiträge stabilisieren. Dass mit dem Gesundheitsfond die Beiträge erheblich steigen, dürfen wir nicht hinnehmen“, erklärt Max A. Höfer, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. **ZT**

ZT Adresse

INSM – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
Gustav-Heinemann-Ufer 84–88
50968 Köln
Tel.: 02 21/49 81-4 01
Fax: 02 21/49 81-4 06
E-Mail: info@insm.de
www.insm.de

Mehrwertsteuer wieder in Diskussion

Der VDZI begleitet das Thema „Ermäßigte Mehrwertsteuer“ auf nationaler und internationaler Ebene – vor 2009 sind jedoch keine Korrekturen zu erwarten.

Nach aktuellen Pressemeldungen wird derzeit die Korrektur des „ermäßigten Mehrwertsteuersatzes“ wieder politisch diskutiert. Zuletzt fand eine solche Diskussion mit dem Gesetzesentwurf zum „Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen“ im Frühjahr 2003 statt. Damals stand die Abschaffung der ermäßigten Umsatzsteuer für zahntechnische Leistungen ebenfalls in der Diskussion. Der VDZI hatte hierzu eine Stellungnahme abgegeben. Der Gesetzesentwurf fand jedoch keine Mehrheit. Einem aktuellen Bericht des Finanzministeriums ist zu entnehmen, dass es keinen unmittelbaren Handlungsbedarf sieht. Es ist jedoch der Auffassung, dass viele Regelungen ausgesprochenen Subventionscharakter haben und dem Bürger wegen ihrer Widersprüchlichkeit teilweise nicht mehr vermittelbar seien. Die Koalitionsvereinbarung der derzeitigen Regierung sieht eine Beibehaltung der ermäßigten Umsatzsteuer aus

Gründen der sozialen Balance vor. Die Bundesregierung möchte das Thema daher in dieser Legislaturperiode nicht behandeln. Trotzdem kann

ANZEIGE



man innerhalb der SPD und der CDU eine große Bereitschaft für eine „Bereinigung“ erwarten. Die Debatte könnte spätestens ab 2009 innenpolitisch wieder anstehen. Hierfür spricht auch die in diesem Jahr gestartete Debatte in der EU. Im Juli 2007 hat die Europäische Kommission mit einer Debatte zur Überarbeitung des Rechtsrahmens für ermäßigte Umsatzsteuersätze in der EU begonnen. Ziel der politischen Diskussion ist eine

Meinungsabfrage in den Mitgliedsstaaten, im EU-Parlament sowie im Wirtschafts- und Sozialausschuss. Eine Überarbeitung des Rechtsrahmens der ermäßigten Umsatzsteuersätze muss bis Ende 2010 erfolgen, da die derzeitigen Übergangsregelungen dann ablaufen. Mit der Vorlage eines Richtlinienentwurfs durch die Kommission ist Anfang 2009 zu rechnen. Der VDZI beobachtet das Thema und koordiniert derzeit die Informationen des Europäischen Zahntechnikerverbandes FEPPD und des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH). Entsprechende Gespräche laufen. **ZT**

ZT Adresse

VDZI
Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen
Gerbermühlstraße 9
60594 Frankfurt am Main
Tel.: 0 69/66 55 86-0
Fax: 0 69/66 55 86-30
E-Mail: info@vdzi.de
www.vdzi.de

Goldener Meisterbrief ...

ZT Fortsetzung von Seite 1

Außerdem ernannte ihn die Zahntechniker-Innung Bielefeld im Februar 1993 zum Ehrenobermeister. Den Goldenen Meisterbrief erhielt Kappe aus den Händen von Bielefelds OM Volker Rosenberger, Innungsvorstandsmitglied Volker Beckmann und Hauptge-

schaftsführer Jürgen Sautmann Anfang Dezember. Sautmann ehrte den Würdenträger als Teil der „Keimzelle für das Abrechnungswesen der Zahntechniker“ und somit entscheidenden Wegbereiter für die einheitliche Organisation der bundesweiten Branche. Für Kappe war dies schon das zweite he-

rausragende Jubiläum 2007: Im Juni feierten seine Frau Ilse und er diamantene Hochzeit. **ZT**

ZT Adresse

Kreishandwerkerschaft Bielefeld
Hans-Sachs-Str. 2
33602 Bielefeld
Tel.: 05 21/5 80 09-0
Fax: 05 21/5 80 09-42
E-Mail: info@kh-bielefeld.de
www.kh-bielefeld.de

ANZEIGE



Tel.: 0 22 67 - 65 80 - 0 • www.picodent.de

ZT Schreiben Sie uns!

Ihnen brennt ein Thema unter den Nägeln? Sie möchten den Berufskollegen Ihre ganz persönlichen Erfahrungen und Ansichten näher bringen, zur allgemeinen Diskussion anregen oder unserer Redaktion einfach nur Feedback geben? Dann schreiben Sie uns! Schicken Sie uns Ihre Meinung an folgende Adresse:

Redaktion ZT Zahntechnik Zeitung, Stichwort „Leserbriefe“
Oemus Media AG
Holbeinstraße 29
04229 Leipzig
Fax: 03 41/4 84 74-2 90
E-Mail: h.d.kossmann@oemus-media.de



ZAHNTECHNIK ZEITUNG

IMPRESSUM	Verlag Verlagsanschrift: Oemus Media AG Holbeinstraße 29 04229 Leipzig	Tel.: 03 41/4 84 74-0 Fax: 03 41/4 84 74-2 90 E-Mail: kontakt@oemus-media.de	Projektleitung Stefan Reichardt (verantwortlich)	Tel.: 03 41/4 84 74-2 22 E-Mail: reichardt@oemus-media.de
	Fachredaktion Roman Dotzauer (rd) Betriebswirt d. H. (V.i.S.d.P.)	E-Mail: roman-dotzauer@dotzauer-dental.de	Anzeigen Lysann Pohlann (Anzeigendisposition/ -verwaltung)	Tel.: 03 41/4 84 74-2 08 Fax: 03 41/4 84 74-1 90 ISDN: 03 41/4 84 74-31/-1 40 (Mac: Leonardo) 03 41/4 84 74-1 92 (PC: Fritz/Card) E-Mail: pohlann@oemus-media.de
	Redaktionsleitung H. David Koßmann (Hdk)	Tel.: 03 41/4 84 74-1 23 E-Mail: h.d.kossmann@oemus-media.de	Abonnement Andreas Grasse (Aboverwaltung)	Tel.: 03 41/4 84 74-2 00 E-Mail: grasse@oemus-media.de
	Redaktion Katja Römhild (kr)	E-Mail: k.roemhild@oemus-media.de	Herstellung Sven Hantschmann	Tel.: 03 41/4 84 74-1 14 E-Mail: s.hantschmann@oemus-media.de
	Matthias Ernst (me) Betriebswirt d. H.	Tel.: 09 31/5 50 34 E-Mail: m.ernst-oemus@arcord.de		

Die ZT Zahntechnik Zeitung erscheint regelmäßig als Monatszeitung. Bezugspreis: Einzelexemplar: 3,50 € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Jahresabonnement im Inland 35,- € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Abo-Hotline: 03 41/4 84 74-0. Die Beiträge in der „Zahntechnik Zeitung“ sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Verbands-, Unternehmens-, Markt- und Produktinformationen kann keine Gewähr oder Haftung übernommen werden. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung (gleich welcher Art) sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen – für alle veröffentlichten Beiträge – vorbehalten. Bei allen redaktionellen Einsendungen wird das Einverständnis auf volle und auszugsweise Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern kein anders lautender Vermerk vorliegt. Mit Einsendung des Manuskriptes gehen das Recht zur Veröffentlichung als auch die Rechte zur Übersetzung, zur Vergabe von Nachdruckrechten in deutscher oder fremder Sprache, zur elektronischen Speicherung in Datenbanken, zur Herstellung von Sonderdrucken und Fotokopien an den Verlag über. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bücher und Bildmaterial übernimmt die Redaktion keine Haftung. Es gelten die AGB und die Autorennichtlinien. Gerichtsstand ist Leipzig.